

Dr. HILDE BENJAMIN, Minister der Justiz

Gedanken zum 15. Plenum des ZK der SED

Das März-Plenum des Zentralkomitees der SED wird als das Plenum der großen nationalen Initiative in die Geschichte der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und der Deutschen Demokratischen Republik eingehen. Der weite Inhalt seiner Beratungen ist in zwei Dokumenten zusammengefaßt: im Dokument „Die geschichtliche Aufgabe der Deutschen Demokratischen Republik und die Zukunft Deutschlands“ und im Volkswirtschaftsplan 1962. In ihren Grundproblemen wurden sie durch das einleitende Referat des 1. Sekretärs des Zentralkomitees der SED, Genossen Walter Ulbricht, über „Einige Grundfragen der Entwicklung der Deutschen Demokratischen Republik“ verbunden.

Der untrennbare Zusammenhang dieser beiden Dokumente ist ein Ausdruck der seit langem erkannten und für unsere Arbeit auf allen Gebieten des Lebens erstrebten Einheit zwischen Politik und Ökonomie. Dies wurde in einem Diskussionsbeitrag, der dahin formulierte, daß der Volkswirtschaftsplan eigentlich ein Teil des nationalen Dokuments sei, besonders herausgestellt. Diese Verbindung zeigte sich auch in den Beratungen der 11. Tagung des Nationalrats der Nationalen Front des demokratischen Deutschland und der 22. Sitzung der Volkskammer. Im Nationalrat wurde das Dokument über die geschichtliche Aufgabe der DDR in engem Zusammenhang mit der ökonomischen Festigung der DDR behandelt, während in der Volkskammer, die den Volkswirtschaftsplan beschloß, auch die Fragen des Dokuments über die Zukunft Deutschlands einbezogen wurden.

Das 15. Plenum setzt die Grundlinie der Politik der SED fort, die auf dem V. Parteitag beschlossen und seitdem durchgeführt wurde und die auf dem 14. Plenum ihren letzten Ausdruck gefunden hat. Es wurde herausgestellt, daß mit dem Dokument über die geschichtliche Aufgabe der DDR in Weiterführung der bereits auf dem 11. und 14. Plenum entwickelten Gedankengänge zum ersten Mal die Perspektive Deutschlands wissenschaftlich historisch begründet wurde. Auch in unserer wirtschaftlichen Entwicklung gibt es im Volkswirtschaftsplan 1962 trotz gewisser, durch die Störungen der Bonner Ultras notwendig gewordener Änderungen eine Fortsetzung der Linie des Wirksam-machens der ökonomischen Gesetze des Sozialismus, mit der im vergangenen Jahr begonnen wurde; gibt es das Ziel, mit den Resten des zweiten Weltkrieges auch in der Wirtschaft Schluß zu machen.

Das 15. Plenum bestätigt den in der DDR eingeschlagenen Weg, den Aufbau des Sozialismus zu vollenden und danach zur Errichtung der Grundlagen der kommunistischen Gesellschaft überzugehen. Es spiegelt weiter

eine Reihe von Ereignissen wider, die seit dem 14. Plenum stattgefunden haben und von denen, um die ganze Vielfalt und Bedeutung dieser Ereignisse zu kennzeichnen, nur genannt werden sollen:

Das Kommuniqué des Politbüros „Die Frau — der Frieden und der Sozialismus“;

der Beschluß des Ministerrats über die Ordnung der zentralen Planung und Organisation der wissenschaftlich-technischen Arbeit in der DDR vom 9. Januar 1962;

die Einführung der Allgemeinen Wehrpflicht;

der auf einer Empfehlung des Staatsrats beruhende Beschluß des Ministerrats über die Maßnahmen zur Verbesserung der Leitungstätigkeit und Arbeit im Bauwesen vom 1. Februar 1962;

das Interview des Genossen Walter Ulbricht zu den Parteiwahlen vom 21. Februar 1962;

die Vorbereitung und Durchführung des VII. Deutschen Bauernkongresses.

Das 15. Plenum stellt in erster Linie die Fragen des „wie“, d. h. der Durchführung in den Vordergrund. Jeder Punkt dieser Beschlüsse geht jeden Mitarbeiter der Justiz, vor allem die Richter und Staatsanwälte an. Mit der Forderung nach der vollen Durchsetzung der Parteibeschlüsse gilt es jetzt, insbesondere im Zusammenhang mit den Parteiwahlen, voll und ganz ernst zu machen.

*■

Das Dokument „Die geschichtliche Aufgabe der DDR und die Zukunft Deutschlands“ ist auf Beschluß des Nationalrats zur öffentlichen Diskussion gestellt worden. Diese Diskussion, an der mitzuwirken ehrenvolle Pflicht jedes Richters und Staatsanwalts ist, gewährleistet, daß die Gedanken des Dokuments in die breite Öffentlichkeit eindringen und lebendiger Besitz aller Bürger der DDR werden. Das Dokument wird, wie Genosse Walter Ulbricht formulierte, den Bürgern der DDR ein großes nationales Selbstvertrauen geben. Jeder Bürger der DDR ist ein Pionier der deutschen Nation.

In dem Dokument sind Weg und Ziel der deutschen Entwicklung als Grundgesetz unserer nationalen Politik für eine lange Zeit festgelegt. Wie diese auf der einen Seite mit der ökonomischen Entwicklung verbunden ist, ist sie es andererseits mit der Entwicklung unserer sozialistischen Demokratie.

Im Zusammenhang mit dem nationalen Dokument ist als ein Schritt auf dem Wege zur friedlichen Koexistenz zwischen den beiden deutschen Staaten die Wiederholung der Vorschläge zu sehen, die Walter Ulbricht als erste Maßnahme zur Entspannung und zur Abrüstung unterbreitet hat und die durch Vorschläge für eine